

KLAUS SOJKA

Umweltrecht als Herausforderung der Gegenwart und der Zukunft

Eine selbsterlebte Epoche mit ihren Folgen

Ein Blick zurück

Am Ende des letzten Weltkrieges lagen viele Städte in Schutt und Asche. Trümmermassen mussten bewältigt werden. Hierbei wurden alle noch verwendbaren Teile einer Wiederverwertung zugeführt. Nicht nur Steine und Ziegeln wurden gereinigt; vielmehr fanden Metalle, Textilien, Hölzer, aber auch Hinterlassenschaften der kämpfenden Truppen regen Absatz. So haben meine Schwestern einen Militär-Fallschirm aus einem Baum genestelt und hieraus Blusen, Hemden und für mich sogar einen Sommermantel selbst geschneidert. Als ich aus der Gefangenschaft in ein mir bis dahin fremdes Land heimkehrte, konnte ich mit diesem Kleidungsstück angeben und vor allem bei jungen Damen Eindruck erzielen. Alles wurde also verwendet, wiederverwendet.

Aus Schuttbergen und Ruinen waren alsbald Häuser, Ansiedlungen und Verkehrswege auferstanden. Fast übergangslos, namentlich nach der Währungsreform, war anstelle des allgemeinen Mangels eine Sättigung auf vielen Bedarfs-Gebieten eingetreten, die bald in eine Übersättigung und schließlich zu einer Wegwerf-Gesellschaft führte. Straßen und Plätze waren von Trümmern und Schrott befreit, stattdessen häuften sich allmählich, immer rascher anwachsend, die Müll- und Abfallmassen; sie wuchsen schließlich zu ganzen Bergen an. In einigen Gegenden kann man noch heute Wanderungen auf den nunmehr bewachsenen Deponien unternehmen und im Schatten vorhandener Bäume sein Picknick genießen. In Frankfurt am Main wird ein solcher Berg „Monte Scherbelino“ genannt.

Es begann auch das Zeitalter der Entrümpelung, das ich als eine Art des Sich-Häutens empfinde, also des Abstoßens lästigen Vergangenes. Man wollte sich modern einrichten und den inzwischen angebotenen Komfort in Anspruch nehmen. Deswegen flogen neben wirklichem Unrat auch alte Möbel, zum Teil sogar Wertgegenstände dem Ausräumen zum Opfer; letztere wurden von geschäftstüchtigen Antiquitäten-Händlern gesammelt, aufgefrischt und dann für

hartes Geld veräußert. Das Entfernen auch großer Haushaltseinrichtungen nahm so umfangreich zu, dass die Gemeindeverwaltungen so genannte Sperrmüll-Termine einrichteten, an denen der vor die Haustür gestellte Abfall abgefahren wurde. Bevor dies offiziell geschah, sichteten fast gewerbsmäßig einzelne Interessenten oder Gruppen von ihnen das Gerümpel und konnten oft reichlich davon gebrauchen. Bald war der Spruch im Umlauf, es gebe als Hauptfeiertage im Jahr das Weihnachtsfest, fröhliche Ostern und die Sperrmülltage.

Die Beseitigung des einfachen und des Sondermülls ist inzwischen geregelt; auch Sperrmüll wird abgeholt, an ihm hängen doch nach wie vor Erinnerungen an eine Zeit, als fast alles für viele willkommen war.

Entsorgungs-Probleme

Im Frühjahr 2006 streikten in vielen deutschen Gemeinden die Arbeitnehmer der Müllabfuhr-Unternehmen, um bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Dies hatte zur Folge, dass bereits nach wenigen Wochen der Unrat in den Tonnen, Kübeln und Containern aus privaten Haushalten und kleineren Betrieben überlief und sich gefüllte Müll-Säcke geradezu bedrohlich anstauten. Zum Glück geschah dies in der kühleren Jahreszeit; sonst hätte diese Szenerie auch noch zum Himmel gestunken.

Dieses Beispiel verdeutlicht ein Hauptproblem des gegenwärtigen Umweltschutzes, nämlich das der Unrat-Entsorgung.

Es gibt festen, gasförmigen und flüssigen Unrat.

Der *feste* fällt überall an, wo Menschen leben und sich betätigen. Er umfasst vor allem Industrie-Müll, der bei Produktionen anfällt, aber auch den aus Haushalten, Krankenhäusern und anderen Vorkommen.

Der *gasförmige* Abfall entsteht durch industrielle, aber auch private Verbrennungs-Vorgänge, Motoren-Abgase, Ausdünstung aus Massetier-Haltungen und weiteren Quellen. Hierdurch wird die Atmosphäre belastet, die schützende Ozonschicht gefährdet und auch Saurer Regen erzeugt, der seinerseits den Boden und die Gewässer verunreinigt.

Flüssiger Müll schädigt oder vernichtet gar die Gewässer dieser Erde.

Wir unterscheiden zwischen stehenden, fließenden, oberirdischen und unterirdischen Gewässern sowie den Meeres-Flächen, die große Teile des Globus bedecken.

Seen, Tümpel und Teiche sind selbstverständlich stehende Gewässer. Sie werden noch immer beträchtlich belastet durch den schon genannten Sauren Regen, aber auch durch Zuleitung ungeklärter Abwässer. So hatte ein Taucher im Bodensee vor noch nicht allzu langer Zeit mehr Klopapier-Fladen festgestellt als Fische; er war froh, dass er durch seine Taucher-Kombi hermetisch von seiner Umgebung abgeschirmt war. Gerade dieser Binnensee hat bewiesen, dass rechtzeitige Abhilfe-Maßnahmen rasch fruchten; heutzutage

kann man an vielen Stellen Bodensee-Wasser trinken, ohne üble Folgen davonzutragen.

Die Fließgewässer wie Flüsse, Bäche und kleinere Rinnsale wurden bis vor kurzem ebenfalls mit weitgehend ungeklärten Abwässern verseucht. Viele von Ihnen erfüllten sogar die Funktionen von Kanälen, die Kloakeninhalte, aber auch giftige Substanzen zum Meer beförderten. In diesen Geläufen, womöglich noch selbst Ufer begradigt, konnten sich keine Fische oder Pflanzen, zum Teil sogar überhaupt keine Lebewesen mehr halten. Die einst erfrischenden Wasserläufe waren zu toten Abwasser-Leitungen verkommen. In manchen Gegenden Europas warf man Unrat aller Art, auch kaum abbaubare Plastikfolien und Kunststoffgegenstände, an die Ufer von Fließgewässern und überließ deren Abtransport dem jährlich zuverlässig eintretenden Hochwasser. Im offenen Meer, so dachte man, sei auch zäher Unrat bestmöglich entsorgt. Diese Meinung teilten auch Schiffskapitäne, die ihre Wasserfahrzeuge auf hoher See reinigten und dabei selbst größere Ölreste und Chemikalien einfach dem Ozean einverleibten; es kam und kommt auch zu Ölkatastrophen unbeschreiblichen Ausmaßes, wenn schrottreife Billig-Tanker eingesetzt werden, die bei Kollisionen oder starken Wind- und Welleneinwirkungen leckgeschlagen werden, so dass ihr Inhalt riesige Ölteppiche bildet und der betroffenen Fauna und Flora für Jahre ein Ende bereitet. – Aber auch unbrauchbar gewordene Öinseln finden eine preisgünstige Entsorgung durch Versenken im Meer. – Noch in unseren Tagen kann man bei Flügen über Stromeinmündungen beklemmend die langlebigen Unrat-Massen beobachten, die nach wie vor der See zugemutet werden. Auch im Einzelnen ist eine Anschauung durchaus gängig. Schwimmt ein Badender vom Strand ins Meer hinaus, muss er damit rechnen, dass sich ein Plastiksack wie ein gewaltiger Arm um seinen Hals schlingt oder dass er in ein Algenfeld gerät, das durch Überdüngung mit eingeschwemmten Stoffen auswucherte. Selbst das Strandgut nach einem Rückzug des Wassersaumes ist in seiner Vielfalt ein Zeugnis für die Skrupellosigkeit von Menschen gegenüber ihresgleichen und gegenüber der Natur. – An vielen Stellen namentlich der Industrieländer ist auch das Grundwasser von Verunreinigungen bedroht.

Hoffentlich kommt noch rechtzeitige Hilfe!

Hauptziele des neuzeitlichen Umweltschutzes

Der *biologische* Umweltschutz soll wildlebende Tier- und Pflanzenarten vor dem Aussterben – ehrlicher ausgedrückt: vor der Ausrottung – bewahren und ihre Lebensräume sichern. Damit dienen diese Vorschriften auch – vor allem, wenn man das Weltgefüge homozentrisch, also nur auf den Menschen als Krone der Schöpfung bezieht – uns selbst, unseren Kindern und deren Nachkommen.

Ein solcher Schutz ist naturgemäß nur dann sinnvoll, wenn er grenzüberschreitend, ja möglichst global wirkt. Es wäre nämlich eine Stümperei, wenn in einem Land Schutzgesetze (etwa für Zugvögel) erlassen und durchgesetzt würden, im Nachbarland aber nicht gälten. Aufrüttelnd waren die Ergebnisse, die der Club of Rome um 1970 veröffentlichte. Dieses unkonventionelle Gremium von Wissenschaftlern und Industriellen brachte vor allem in der Schrift „Die Grenzen des Wachstums“ ein wohl weltweites Besinnen in Gang, das zunächst Skepsis, dann Hinweise auf Undurchsetzbarkeit, schließlich aber allgemeine Achtung und Akzeptanz auslöste. Es folgten zunächst zögernd, dann immer stärker zunehmend internationale Konferenzen, die das Umweltproblem einer Lösung zuführen wollten. Hier ist besonders herausragend die Rio-Konferenz, die 1992 Vertreter von mehr als 150 Ländern in der Hauptstadt von Brasilien zusammenführte und jedenfalls teilweise beachtliche Beschlüsse zeitigte. Vor allem die Agenda 21, ein Aktionsprogramm, enthält bisher beispiellose internationale Gesichtspunkte, die u. a. die Armutsbekämpfung, die Bevölkerungs-Entwicklung, Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit, Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen sowie die Stärkung schutzwürdiger Gruppen und die Möglichkeiten der Umsetzung der in Rio verabschiedeten Beschlüsse und Empfehlungen umfasst. Seitdem fanden, wie dort beschlossen, teilweise sehr wichtige Folgekonferenzen statt, die den Regierungschefs in aller Welt Wege und Ziele aufzeigten. So soll der Hunger in den unterentwickelten Ländern bekämpft werden, um auch dort die Plattform für umweltverträgliche Verhaltensweisen zu ermöglichen.

Die Empfehlungen und Ratschläge solcher Fach-Konferenzen können nur eine moralische, informierende oder publizistische Wirkung ausüben. Denn es besteht keine allgemeine Weltpolizei, die Verstöße durch souveräne Staaten gleichsam durch dominierendes Völkerrecht erzwingen könnte. Ob dies bei einem weiteren Verfall unserer Lebensgrundlage in Zukunft anders sein wird, vermag niemand zu bestätigen.

Im biologischen Umweltrecht hat sich das Washingtoner Artenschutz-übereinkommen, kurz auch WA oder CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora), bewährt. Diese Konvention wurde am 03.03.1973 in Washington ratifiziert und in den Folgejahren von den Unterzeichnerstaaten in nationales Recht umgesetzt. Das Abkommen beruht auf der Erkenntnis, dass frei lebende Tiere und Pflanzen in ihrer Schönheit und Vielfalt einen unersetzlichen Bestandteil der natürlichen Systeme der Erde bilden, der für die heutigen und künftigen Generationen der Menschheit zu schützen ist. Die Bedeutung der frei lebenden Tiere und Pflanzen in ästhetischer, wissenschaftlicher und kultureller Hinsicht sowie im Hinblick auf die Erholung und die Wirtschaft nimmt ständig zu; die Völker und Staaten können dieses Gut schützen und sollten das tun. Die internationale Zusammenarbeit zum Schutz bestimmter Arten frei lebender Tiere und Pflanzen

vor einer übermäßigen Ausbeutung durch den internationalen Handel ist lebenswichtig; daher ist es notwendig, unverzüglich dazu geeignete Maßnahmen zu treffen.

Das WA stellt ein internationales System von Handelsbeschränkungen dar, weil – wie erwähnt – direkte Durchsetzungs-Maßnahmen nicht vorhanden sind. Das Übereinkommen will die grenzüberschreitenden Transportwege durch Zollkontrollen für illegale Einfuhren blockieren. Die Beschränkungen beziehen sich auf Tiere und Pflanzen sowie Teile und Erzeugnisse derselben (Trophäen, Häute/Felle, Fleischteile, Eier, aber auch weiterverarbeitete Artikel wie Koffer, Taschen und Kleidungsstücke, ausgestopfte Tiere, Federn u. a., von Pflanzen auch Zweige, Samen und Wurzeln.

Das WA umfasst drei Anhänge. Anhang I enthält alle von der Ausrottung bedrohten Arten, die durch den Handel beeinträchtigt werden oder beeinträchtigt werden können. Ausfuhr, Wiederausfuhr, Einfuhr und das Einbringen aus dem Meer sind besonders strengen Regelungen unterworfen und dürfen nur in Ausnahmefällen zugelassen werden. Anhang II bezeichnet alle Arten, die zwar nicht aktuell von der Ausrottung bedroht sein müssen, deren Artentod aber eintreten würde, wenn der Handel mit Exemplaren dieser Art nicht einer strengen Überwachung unterworfen wird, damit eine mit ihrem Überleben unvereinbare Nutzung unterbleibt. Hierunter fallen auch andere Arten, die eine wirksame Kontrolle der vorstehend bezeichneten erst ermöglichen. Anhang III listet alle Arten auf, die im Hoheitsbereich eines Vertragsstaates einer besonderen Regelung unterliegen, um die Ausbeutung zu verhindern oder zu beschränken, wobei die Mitarbeit anderer Vertragsstaaten bei der Kontrolle des Handels erforderlich ist. – Alle Unterzeichnerstaaten haben sich verpflichtet, den Handel mit Tieren und Pflanzen, Teilen und Erzeugnissen derselben nur im Rahmen der Bestimmungen des WA zu gestatten. Diese Vereinbarung bedeutet, dass für Aus- und Einfuhr sowie Wiedereinfuhr bestimmte Dokumente erforderlich sind, deren formelle und inhaltliche Gültigkeit vom Zoll überwacht wird. Ähnliches gilt für die Vollzugsbehörden, die für das Einbringen aus dem Meer von in den Anhängen I bis III erwähnten Tieren und Pflanzen, deren Teile und Erzeugnisse zuständig sind.

Die Anhänge zum WA erweitern sich trotz des allenthalben erwachten oder wachgerüttelten Umweltbewusstseins ständig. Die Kenntnisnahme der nicht mehr zu rettenden oder mit großer Wahrscheinlichkeit todgeweihten Mitlebewesen ist beeindruckend, deprimierend. Der Mensch kann es offenbar nicht fertig bringen, die Daseinsbasis seiner Welt und damit seine eigene zu erhalten und vor teils sinnloser Zerstörung zu bewahren.

Die Verwirklichung der internationalen Schutzbestimmungen ist in der Praxis oft schwierig. Denn Wilderer, illegale Sammler, aber auch Versuche der Arterhaltung durch Gefangenschaftsvermehrung sind geeignet, die theoretisch guten Gesetze und Vorsätze zu unterlaufen und dadurch zu eliminieren. Hier

und im gesamten Bereich des Umweltschutzes ist daher die Aufklärung und Erziehung bereits im Elternhaus, in den Schulen, aber auch im Beruf von größtem Gewicht.

Neben dem Washingtoner Artenschutzübereinkommen bestehen weitere internationale Abmachungen. Es seien hier genannt:

Die Bonner Konvention; sie dient der Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten. Hier wird der zwischen- oder überstaatliche Natur- und Artenschutz angesprochen. Die Gewährleistung zur Erhaltung der betroffenen Arten dient, wie schon ausgeführt wurde, dem Schutz der Zugvögel, aber auch dem anderer Tiere, die zu Lande oder zu Wasser staatliche Grenzen überschreiten. Diese Konvention enthält ihrerseits Anhang I mit den dort aufgelisteten Arten wandernder (auch fliegender oder schwimmender) Tiere. Anhang II listet wandernde Arten, die sich in einer ungünstigen Erhaltungssituation befinden, auf, so dass für deren Fortbestand internationale Maßnahmen erforderlich sind.

Die Berner Konvention sichert die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihre natürlichen Lebensräume. Hierzu ist eine internationale Zusammenarbeit insbesondere des Europarats und der Europäischen Union erforderlich. Das Berner Abkommen ist mit Anhängen ausgestattet. Anhang I zählt streng geschützte Pflanzenarten, Anhang II streng geschützte Tierarten auf, Anhang III enthält weitere geschützte Tierarten, und im Anhang IV werden verbotene Mittel und Methoden des Tötens, Fangens und andere Formen der Nutzung beschrieben. Bei der Jagd auf Säugetiere ist die Verwendung von Schlingen, als Lockmittel eingesetzte geblendete oder verstümmelte lebende Tieren, die Verwendung elektrischer Geräte, die töten oder betäuben können, von Blendvorrichtungen, Nachtzielgeräten mit elektronischem Bildverstärker oder Bildumwandlern sowie Sprengstoffen, Netzen, Fallen und Gift verboten. Der Walfang bildet eine Ausnahme, weil er – wo er überhaupt erlaubt ist und stattfindet – geschossähnliche Harpunen verwendet. Fallen sind unstatthaft, wenn Tiere in größeren Mengen und/oder wahllos gefangen oder getötet werden. Hier sind Ausnahmeregelungen vorgesehen.

Die Ramsar-Konvention ist ein Übereinkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel von internationaler Bedeutung. Feuchtgebiete werden als Bestandteil des Naturhaushalts von großem Wert erkannt für Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Erholung; ihr Verlust wäre unwiederbringlich. Feuchtgebiete sind Feuchtwiesen, Moor- und Sumpfgebiete oder besondere Gewässer. Hierzu zählen auch bestimmte flache Meeresgebiete. – Die Feuchtgebiete werden listenmäßig erfasst, um sie besser schützen zu können; sie erfahren eine besondere Förderung.

Ferner bestehen zahlreiche und sich stets vermehrende EU-Normen; hierbei sind Umweltschützern besonders bekannt die Vogelschutz- sowie die Habitatschutz-Richtlinie.

Selbstredend sind über den Bereich der EU und des Europarats zahlreiche internationale Abkommen, so zum Schutz der Meere und ihrer Fauna und Flora, vorhanden. Auf ihre Umsetzung muss gedrungen werden, ebenso auf die der Bestimmungen des staatlichen Umweltrechts.

Das *technische* Umweltrecht dient dem Schutz von Luft, Boden sowie stehenden und fließenden, oberirdischen und Grund-Gewässern.

Hierbei ist der Immissionsschutz gewichtig; er bezweckt die Bewahrung von Menschen, Tieren und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie von Kultur- und sonstigen Sachgütern vor schädlichen Umwelteinwirkungen. Immissionen sind u. a. Luftverunreinigungen, Geräusche (Lärm), Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Absonderungen wie Ruß und anderer Partikel. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen, die die Umwelt beeinträchtigen, bedürfen besonderer Genehmigungen und unterliegen behördlichen Kontrollen.

Mit dem hier einleitend erwähnten Abfall oder Müll ist – wie schon zum Ausdruck gebracht wurde – ein zunehmend wachsendes Problem namentlich der Industriestaaten zu behandeln. Denn die Entsorgung von Abfall kann nicht durch beliebig einzurichtende Deponien erfolgen. Bei solchen hat sich nämlich herausgestellt, dass ein unsortiert deponierter Müll den Regen weitgehend durchsickern lässt, so dass endlich das darunter liegende Grundwasser in Mitleidenschaft gezogen wird. Ist der Inhalt (namentlich aus früheren Zeiten) gar giftig oder sonst wie gesundheitsgefährdend, werden unvorstellbar große Grundwasserflächen verseucht. Dieser Zustand ist irreparabel, es sei denn, die Müll-Halden würden wieder abgetragen, deren Inhalt sortiert und Schadstoffe ausgesondert. Der Untergrund muss also wasserundurchlässig gestaltet werden, indem die üblicherweise ausgehobenen meist sehr umfangreichen Bodenvertiefungen mit Folien ausgelegt werden, die nicht nur absolut dicht sein müssen, sondern auch auf unbegrenzte Zeit zu halten haben. Dass ein solcher Aufwand kaum finanzierbar ist, bedarf keiner weiteren Erläuterungen.

Ein Verbrennen des Abfalls erzeugt fürchterliche Abgase; sie sind der Atmosphäre nicht zumutbar, wenn sie weiterhin das belebte Leben ermöglichen soll. Hochtechnisierte Methoden wie die der Nachverbrennung sind kostspielig und zeigen keinen zufrieden stellenden Ausweg. Deswegen wurde dieser sehr wichtige Teil des Umweltrechts umbenannt, und anstelle des Abfallsrechts trat nunmehr das so genannte Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht. Es befasst sich nur mit festen Stoffen und erfordert eine Mülltrennung möglichst schon in den privaten Haushalten, aber auch bei industriellen Produktionen und schließlich – wo das noch nicht durchgeführt ist – durch Fließbänder zum Zwecke der Abfall-Sortierung.

Zur Müll-Beseitigung ist es jedenfalls in absehbarer Zukunft vorrangig erforderlich, Abfall zu vermeiden. Unnötige Verpackungen, vor allem bei Konsumgütern, müssen verschwinden. Sind solche Umhüllungen unvermeidbar (wie bei der Abfüllung von Getränken und anderen Flüssigkeiten), müssen sie

wieder in den Wirtschafts-Kreislauf eingebracht werden. Das geschieht entweder durch Wiederverwendung (Pfandflaschen) oder durch Verwendung als Rohstoffe (Glas, Metalle, Papier u. a.). Auf diese Weise kann auch der meist die Umwelt belastende Abbau von Ur-Rohstoffen vermindert werden. Und nur der unvermeidbare und nicht wieder verwendbare (recycelbare) Abfall soll, möglichst klein gehalten, als Restmüll durch Deponierung oder Verbrennung vernichtet werden. Die Mülltrennung hat sich in vielen Gegenden bestens bewährt; Verbraucher und Industrien sind augenscheinlich gern bereit, die Sortierung bei sich vorzunehmen und die hierfür zur Verfügung gestellten Container zu benutzen. Interessierte Unternehmen leeren nicht nur regelmäßig und säuberlich die Abfall-Behälter, sondern zahlen für den so gewonnenen Rohstoff auch nicht zu unterschätzende Beträge an die Gemeinden. Mülltrennung lohnt sich also, die entsprechende Bewusstseinsweckung bei Kindern, Eltern, in Schulen und Industrien ebenfalls. In dem Bemühen, die Belastung der Lufthülle, insbesondere durch Industrie-Absonderungen möglichst gering zu halten, haben Länder ihren größeren Produktions-Unternehmen Quoten zugeteilt, innerhalb derer sie Emissionen in die Atmosphäre entlassen dürfen. Werden die vorgegebenen Mengen überschritten, sind Ausgleichszahlungen zu entrichten. Werden sie nicht vollständig genutzt, kann der unterschrittene Teil durch „Emissionshandel“ an andere Unternehmen verkauft werden, die durch diesen Erwerb ihre zulässige Menge aufstocken. (Näheres zum Emissionshandel: Horváth, Szilvia: „Die Entstehung und die Theorie des Emissionshandels als Instrument der Umweltpolitik der EU“, Band 9 der Schriftenreihe des Lehrstuhls für Landwirtschafts- und Arbeitsrecht der Universität Szeged, Seite 35).

Der so genannte Biomüll ist leicht und vorteilhaft zu beseitigen, indem alle kompostierbaren Abfälle in Humus umgewandelt und so auf Feldern, in Gärten und Blumenkästen guten und einwandfreien Dünger abgeben.

Das Wasserschutzrecht schreibt eine Vorklärung von Abwässern vor, die Verunreinigungen durch industrielle, landwirtschaftliche und Haushalts-Ableitungen erfahren. Die Entnahme, Verwendung und der sonstige Gebrauch des außerordentlich wertvollen und immer knapper werdenden Wassers ist rechtlich geregelt; Verstöße gegen dieses Schutzrecht schädigen die Allgemeinheit und werden daher scharf geahndet.

Der Bezug ausreichender und jederzeit beanspruchbarer Energie ist in erschlossenen Wohn- und Industriegebieten zur Selbstverständlichkeit geworden. Weil sich aber Energie, namentlich elektrischer Strom, nicht ohne weiteres speichern lässt, tauchen auch hier schwierige Probleme auf. Es ist davon auszugehen, dass die fossilen Brennstoffe (Öl, Kohle und Erdgas) nicht mehr unbegrenzt zur Verfügung stehen, sondern immer knapper und daher teurer werden, während der Energiebedarf der Menschheit ständig steigt. Zwar kann hier ein besonnenes Sparen hilfreich sein; aber gerade die aufstrebenden großen Staaten verfügen über einen geradezu ungeheuren Energie-Hunger.

Deswegen werden die so genannten erneuerbaren Energien zunehmend beachtet. Es ist dies die althergebrachte Wasserkraft, die durch Anstauungen oder Umleitungen nutzbar gemacht wird. Die Gewinnung dieser „Weißen Energie“ kann in manchen Gegenden zur weitgehenden Versorgung führen; Umweltschützer beklagen aber, dass durch die Bildung von großen künstlichen Stauseen die ursprüngliche Landschaft und das lokale Klima gestört werden.

Die Windkraft durch teils turmhohe Rotoren vermag nur einen geringen Teil des Energiebedarfs zu decken. Weil die Gewinnung auf genügend Wind angewiesen ist, müssen bei Flauten doch die anderen Erzeugungsbetriebe einspringen und sich auch hierfür ausrüsten. Die erforderliche Aufstellung von möglichst vielen Windrädern an geeigneten Stellen (Meeresküsten, Gebirgshängen) verunstaltet nicht selten das Landschaftsbild und kann auch Lebewesen wie Zugvögel schädlich beeinflussen.

Weil das Perpetuum mobile noch nicht erfunden wurde, müssen anstelle der fossilen Quellen neue Techniken versuchen, ausreichende Energiemengen sicherzustellen. Sie sind geregelt im Atom- und Gentechnikrecht; hinzu kommt das Computerwesen.

Bei diesen Techniken fehlen uns die Langzeiterfahrungen. Wir wissen also nicht, welche Auswirkungen oder Nebenwirkungen sie auslösen können. Wenn ihr Gebrauch unverzichtbar geworden ist, müssen wir die von ihnen möglicherweise ausgehenden Restrisiken in Kauf nehmen – oder aber auf ausreichende Energieversorgung verzichten, weil auch hier Sparmaßnahmen wie Wärmedämmungen, Sonnenkollektoren, Erdwärme-Anlagen u. a. nur teilweise abhelfen können.

Bei der gesetzlichen Regelung der neuen Techniken sind eine Harmonisierung zwischen zwei wesentlichen Teilen anzustreben und umzusetzen. Einmal müssen die Risiken, die sich aus dem Umgang mit den neuen Techniken ergeben, beherrschbar sein. Der Schutz vor schädlichen, ja katastrophalen Auswirkungen ist also zu gewährleisten. Demgegenüber sollen aber die verantwortungsvolle Erforschung, Entwicklung, Nutzung und Förderung der technischen Möglichkeiten vorhanden bleiben, zumal dann, wenn sie nicht ersetzbar sind.

Das Atomrecht versucht, beide Ansprüche zu erfüllen. Dass dies bei Techniken, die neu, also nicht hinreichend schätzbar sind, nur bedingt der Fall sein kann, lehren die Beispiele wie der „Unfall“ von Tschernobyl. Auch die Entsorgung des Atomabfalls scheint unlösbar; er erfordert geeignete geografische, von Erdbeben verschonte und von sonstigen Einwirkungen freie Ablagerungs-Stollen für die erst nach unvorstellbar langer Zeit abgebauten Reststoffe. Damit die Atomindustrie überhaupt angefahren werden konnte, wurden deren Abfälle in Zwischenlager verbracht; selbstverständlich ist das keine endgültige Lösung. Auch der von der Atomwirtschaft benötigte Rohstoff Uran ist nicht zeitlos vorhanden, sondern teilt das Schicksal der fossilen

Brennstoffe. Die Einhaltung der sehr ausführlichen Bestimmungen unterliegt aufmerksamer behördlicher Kontrolle.

Das Gentechnikrecht regelt folgende Komplexe: die Durchführung gentechnischer Arbeiten zu gewerblichen und zu Forschungszwecken, die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen sowie das Inverkehrbringen von Produkten, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten oder aus solchen bestehen. – Die Erwartungen, die an die nutzbare Gentechnik gestellt werden, umfassen auch die Abfallbeseitigung. Vielleicht können genveränderte (Klein-)Lebewesen erzeugt werden, die auch den nicht anders zu beseitigenden Restmüll gleichsam auffressen und damit verschwinden lassen. – Die Einhaltung der Gentechnik-Bestimmungen wird ebenfalls behördlich gewährleistet. Einzelne Staaten haben den Umgang mit gentechnisch behandelten Produkten unterschiedlich geregelt. Wie „Schrot & Korn“ 7/2006, Seite 9, berichtet, wurde in Deutschland der für 2006 angemeldete Gen-Maisanbau halbiert, und statt ursprünglich 2000 Hektar wurden nur etwa 1000 Hektar bepflanzt. Zahlreiche Bauern haben auf die Aussaat von Gen-Mais ganz verzichtet (Greenpeace). Nach Ungarn und Österreich hat auch Polen den Anbau von Gen-Mais wegen der Umweltrisiken verboten. In Österreich kann der Konsument dem Siegel „gentechnikfrei“ vertrauen; denn genmanipulierte Erzeugnisse tragen auf der Verpackung den Vermerk „Dieses Produkt enthält gentechnisch veränderte Organismen“, so die „Salzburger Nachrichten“ vom 19.09.2006, Seite 17. Freizügige EU-Bestimmungen begegnen nicht nur in Deutschland fundierter Kritik.

Ob die neuen Techniken einen Segen für uns Menschen und unsere gesamte lebende und Leben ermöglichende Welt – oder den beschleunigten Untergang herbeiführen werden, ist nicht vorhersehbar.

Einige Ausblicke auf die Zukunft

Die versteckte Angst, vor allem bei genveränderten Lebensmitteln, ist allgemein. Aber auch bei Tiernahrung oder Gebrauchsgütern schwingt die Ungewissheit mit. Bloße Hinweise auf angeblich festgestellte Unschädlichkeit finden ihren Ausdruck in der Verpflichtung der Erzeuger und Verkäufer, Genveränderungen auf den Verpackungen als solche kenntlich zu machen. Es soll jedem Verbraucher überlassen sein, diese Waren zu akzeptieren oder aber zu vermeiden. Ein Beispiel für die Scheu und sogar die Ablehnung genbehandelter Kost brachte die Washington Post (zitiert in Recht und Wahrheit Nr. 7 + 8/2006, Seite 39). Danach haben Nagetiere gentechnisch veränderte Tomaten verschmählt, mit denen die Wissenschaftler ihre Versuchstiere füttern wollten. Die Ratten wurden schließlich über Magensonden mit den Tomaten zwangsernährt. Mehrere Tiere entwickelten Magenverletzungen, 7 von 40 Ratten starben innerhalb von zwei Wochen. Die

Tomaten wurden gleichwohl für menschlichen Genuss zugelassen. – Auch das ist sicherlich beachtenswert: Ein Farmer in Iowa hatte jahrelang jeden Winter Eichhörnchen mit Maiskolben gefüttert. In einem Winter legte er Bt-(Gen-)Mais neben dem konventionell erzeugten Mais aus. Die Eichhörnchen fraßen die Körner von den konventionellen Maiskolben und rührten den Bt-Mais nicht an. Daraufhin legte er keinen konventionellen Mais mehr aus, obwohl in Iowa gerade kältester Winter herrschte. Trotzdem rührte kein Tier den Bt-Mais an. Dem Farmer taten die Tiere leid, und er verbrachte konventionellen Mais wieder an die Futterstellen: prompt fraßen die Eichhörnchen wieder. – Sind die Nager „schlau“ als wir?

Der Deutschlanddienst PHI Nr. 29-30/2006, Seite 223, vermeldet zur neuen Energie-Gewinnung: Aus 1 Hektar Energiepflanzen können in einer Biogasanlage rund 40.000 kWh nutzbare Energie gewonnen werden. Durchschnittliche Gartengrundstücke haben hierzulande zwischen 600 und 1000 qm. Wer also 15 solcher Flächen mit Energiepflanzen anbaut, kann mit dem Produkt täglich 142 km mit Erdgas betriebene Autos fahren oder 10 Wohnungen mit Strom und Wärme versorgen. Ein Prototyp einer solchen Biogas-Tankstelle, die im Text näher beschrieben ist, steht seit dem 22.06.2006 in Jameln (Wendland/Deutschland). Die Anlage erzeugt aus rohem Biogas einen hochwertigen Treibstoff mit Erdgasqualität. – Dieses Biogas ist nicht nur als Treibstoff für Fahrzeuge geeignet, sondern kann auch direkt in ein überregionales Erdgasnetz oder zukünftig in ein lokales Biogasnetz eingespeist werden. Hierdurch wird eine Unabhängigkeit vom Benzinpreis erreicht; die direkte Verbrennung von Biogas kann wesentlich effizienter sein als der Umweg über eine Verstromung. – Der Gesetzgeber fördert diese Energie-Gewinnung durch eine Reihe von Vergütungen und Bonuszahlungen. – Setzt man die Inflation mit 0,5 % pro Jahr an und die Energiepreissteigerung mit 10 % jährlich, dann scheint dieser Erdgas-Ersatz durchaus gewinnbringend zu sein.

Das Umweltrecht ist also eine der großen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Die hier abgehandelten Hauptprobleme müssen, soweit das menschenmöglich ist, auch durch die Gesetzgebung, die Exekutive und Justiz gelöst werden. Denn nicht nur die Ansprüche namentlich in den reichen Staaten steigen geradezu inflationär; vielmehr wächst die Weltbevölkerung jährlich um rund 80.000 Millionen Menschen. Gegenwärtig leben rund 6,6 Milliarden auf der Erde; jede Minute kommen 153 dazu. Experten schätzen, dass in etwa sechs Jahren die Zahl von 7 Milliarden überschritten wird. Hauptsächlich in den Entwicklungsländern steigt die Bevölkerung rasant, vor allem in Afrika. In Asien leben heute rund 4 Milliarden; demnächst werden es 5,3 Milliarden sein. Nach einigen Prognosen wird Indien in etwa 30 Jahren China demografisch überrunden und dann das bevölkerungsreichste Land der Erde sein. Gegenwärtig hat Indien rund 1,1 Milliarden Einwohner, China 1,3 Milliarden (Globus Quelle: DSW 0849).

Und weil Umweltprobleme und Umweltschutz globale Belange sind, vermag sich kein Staat den Problemlösungen zu verschließen.

Blicken wir gleichwohl hoffnungsvoll in die Zukunft!

Die Universität Szeged hat schon frühzeitig den umfassenden Umweltschutz als ein Hauptproblem der Gegenwart und Zukunft erkannt und hat Lösungen auch im Rahmen des Agrar- und Umweltrechts angeboten. Hinzu Szabó, Imre: 9. Band der Schriftenreihe des Lehrstuhls für Landwirtschafts- und Arbeitsrecht Szeged – ISSN 1788-3069: ISBN 9634827896 – Seite 5, ferner vgl. a.a.O. Veres, József (S. 7), Bobvos, Pál (S. 11), Tóth, Lajos (S. 19), Miklós, László (S. 27), Horváth, Szilvia (S. 35), Farkas Csamangó, Erika (S. 45), Bezdán, Anikó (S. 53), Mihálka, György (S. 61).

Dem Verfasser wurde die Ehre zuteil, seit 1990 in Szeged vor sehr aufgeschlossenen Studentinnen und Studenten das Fach Umweltrecht – auch im Rahmen des Europarechts – lehren zu dürfen. Die Berufung erfolgte durch den damaligen Rektor Prof. Dr. Alpers und den Dekan Prof. Dr. Czúcz (jetzt Europa-Richter). – Das Gelingen meiner Veranstaltungen verdanke ich in hohem Maße den vorzüglichen und mit geradezu leidenschaftlich dem Lehrstoff zugeneigten Dolmetschern Dr. Újvári, József, Dr. Horváth, Szilvia und Dr. Mihálka, György. Sehr große Unterstützung erfuhr ich von allen Dekanen: Prof. Dr. Czúcz, Ottó (1989 – 1990), Prof. Dr. Nagy, Ferenc (1990 – 1992), Prof. Dr. Bérczi, Imre (1992 – 1994), Prof. Dr. Molnár, Imre (1994 – 1998), Prof. Dr. Besenyey, Lajos (1998 – 2002), dem mit vorliegender Festschrift Geehrten sowie Dr. Szabó, Imre (2002 –).

Besonderer Dank persönlich und für die Sache selbst gebührt den Lehrstuhlleitern: Prof. Dr. Veres, József (1970 – 1995), Dr. Tóth, Lajos (1995 – 2004), Dr. Bobvos, Pál (2004 –).

Das Wirken in einem solchen von Gemeinschaftsgeist erfüllten Kollegen- und Hörerkreis vermittelt Kraft und Zuversicht und die Hoffnung, dass unsere Welt auch den künftigen Generationen als lebenswerte Daseinsgrundlage erhalten bleibt.

Ergänzende Literatur

Universität Szeged: Festschrift für Veres József, Acta Juridica et Politica, Szeged, 1999, mit den dort erwähnten Autoren. Seiten 343 ff., ISSN 0324-6523 und ISSN 0563-0606

SOJKA KLAUS: *Umweltschutz und Umweltrecht*. 1995, VAS Verlag für Akademische Schriften, Frankfurt/Main. ISBN 3-88864-134-9

ÚJVÁRI J./SOJKA K.: *Környezetvédelem és Környezeti Jog*. 1997, Jatepress Szeged – Szerkesztette: Veres J.

sowie die in den Quellen- und Literaturverzeichnissen aufgeführten Veröffentlichungen.

KLAUS SOJKA

KÖRNYEZETI JOG, MINT A JELEN ÉS A JÖVŐ KIHÍVÁSA

Egy átélt korszak, annak következményeivel

(Összefoglalás)

Földünk benépesíthető része tovább nem bővíthető; többek között az előrehaladott elsivatagosodás és földhasznosítás következtében sokkal inkább folyamatosan csökken a használható élettér. Ennek ellenére a bolygónknak a gazdag országok gyorsan növekvő jóléti igényeivel és a feltörekvő országokban, de a fejlődő országokban végbemenő születés-robbanással is meg kell küzdenie. Ehhez szükség van a nemzetközi együttműködésre, amely megakadályozza a vadon élő állat és növényfajok kihalását vagy legalábbis korlátozza azt és ezzel egyidejűleg valamennyi élőlény létalapját a talaj, a víz és a levegő minőségének védelmével biztosítja. Az önellátás racionális indokai mellett az azonos értékű emocionális elemek, mint például az esztétikai élmény, a természet iránti szeretet nem idegenek a környezeti jog, mint az általános környezetvédelem része, számára, hanem annak különös motivációi és biztos garanciái.